

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(Banan 97 Pf., monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollbezug 9,97 M., einschließlich 60 Pf.
Versehrungs- und 72 Pf. Postbeiträge.
Währen. Auslandsubskription 5,05 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefposttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Woll und Reiz“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag

23. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Millimeterzeile 30 Pf.
Zweiseite 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
Zweiseite zwei festgedruckte Worte je
weitere Wort 10 Pf. Haben 11. Tarif
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zeile 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3
wochentäglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297, Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkskassens: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. B. u. Dis.-Ges., Depositent., Jerusalemer Str. 65/66.

Umbau der Wirtschaft!

Rettungsprogramm der Gewerkschaften.

Nachdem die Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, fügen sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt:

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Ueberwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.

2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zurzeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.

3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

II. Industrie und Handel.

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoff-

industrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.

2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe,

die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

4. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.

5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- u. Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen.

Als Uebergangsmaßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.

2. Bereits in der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankenamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.

3. Das Bankenamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben

dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaukraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbraucher-genossenschaften zu verringern.

3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.

4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Außenhandelspolitik.

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschneidung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.

2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs fördern.

3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.

4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandels-

Verziehungen der staatlich organisierte internationale Gütertausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft.

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung

Berlin, 21. Juni 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Reichsfrach um Uniformen.

Länderkonferenz bei Gayl ohne Ergebnis.

Ueber den Verlauf der Länderkonferenz im Reichsministerium des Innern, die gestern mittag begann und sich fast sechs Stunden hinzog, wird amtlich mitgeteilt:

Im Reichsministerium des Innern trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni dieses Jahres unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Freiherrn von Gayl, zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt.

Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Scharfes Echo aus Bayern.

„Die Reichsregierung trägt die Verantwortung für alle Folgen.“

München, 22. Juni. (Eigenbericht.)

Die vom bayerischen Innenminister Dr. Stöckel über die Konferenz der Innenminister in Berlin informierte Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt über das Ergebnis dieser Beratungen:

„Der Reichsregierung kam es bei dieser Konferenz darauf an, die nationalsozialistisch untermauerten politischen Gesichtspunkte vor die Rechtserwägungen und Tatsachen zu stellen. Es wurden deshalb auch keine ernsthaften Rechtseinwände gegen das bayerische und badische Uniformverbot vorgebracht. Die landesrechtlichen Maßnahmen der bayerischen Regierung gingen unbetritten aus dieser Konferenz hervor.“

Alles Geschrei über Verfassungsverstoß, Rechtsverletzung, Propaganda des Reichspräsidenten, Separation ist damit ad absurdum geführt. Auch Länder, die kein Uniformverbot landesrechtlicher Natur erlassen haben, mußten zugestehen, daß die bayerische Regelung den politischen Verhältnissen in Deutschland durchaus entspricht.

Aber die neue Reichsregierung will oder darf die Gefahren nicht sehen.

Sie muß darüber hinwegsehen, daß Parteiformen und Parteigruppen im Stille der SA. und SS. sich mit einem geordneten Staatwesen und mit dem Gedanken der Staatsautorität nicht vertragen. Sie will nichts davon wissen, daß die uniformierte nationalsozialistische Parteilinie sich nicht etwa als

der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.

2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankenamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.

3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Schutzmacht der Regierung Papen-Scheitler, sondern als die in Bereitschaft liegende

Miliz der nationalsozialistischen Revolution faschistischer Musters führt. Die Reichsregierung will also aus politischen Gründen den Länderregierungen nicht mehr überlassen, in der Uniformfrage sich so zu verhalten, wie es ihnen Pflicht und Verantwortlichkeit für den anvertrauten Staat und ihr politisches Gewissen vorschreiben. Sie glaubt sich für befugt, die Landesrechte und die Landesgesetzgebung auf diesem wichtigen Gebiete einzuschränken, und sie scheint geneigt zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 sich ein Reichsrecht zu schaffen, das das Landesrecht außer Kraft setzt. Wir müssen uns nach dem Ergebnis der Länderkonferenz also auf einen schweren Eingriff der Reichsgewalt in die Länderrechte gefaßt machen. Dabei übernimmt die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr vorausichtlich keinen Ruhmesstempel in der deutschen Geschichte einbringen wird. Es dünkt uns ganz selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage ist, den politischen Auffassungen der Reichsregierung hier irgendwie entgegenzukommen. Die Verantwortung für Maßnahmen, die die Reichsregierung politisch für notwendig hält, muß sie ganz allein tragen, aber auch die Verantwortung für alle Folgen, die sich daraus ergeben.“

Diese Berliner Verkaufsbroschüre und dieser Münchener Kommentar zeigen, wie weit die Dinge bereits gediehen sind. Die Regierung von Papen ist erst etwas über drei Wochen im Amt, und sie hat in dieser Zeit einen Scherbenhaufen aufgerichtet, über den sie selber nicht mehr hinübersehen kann. Der von ihr eingeschlagene neue Kurs der Innenpolitik hat nicht nur bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen, sondern auch das innere Gefüge des Reiches gelockert. Gewiß, die Einheit des Reiches ist heute trotz alledem stark genug, um auch einen kräftigen Stoß vertragen zu können — aber es scheint uns nicht die Aufgabe einer Reichsregierung, auf diesem Gebiet mit Experimenten vorzugehen.

Die Reichsregierung kämpft wie eine Löwin um das Recht der Uniform für eine Partei, zu deren unentbehrlichen Lebenselementen der Straßenergeß gehört. Noch gestern hat das neue Regierungsblatt, der „Angriff“, ziemlich unverblümt zum Sturm auf alle Zeitungsgebäude aufgerufen, in denen etwas gedruckt wird, was den Nationalsozialisten nicht gefällt. Die Reichsregierung beschwört aber lieber einen Konflikt mit den Ländern herauf, als daß sie dieser so sympathischen Gesellschaft das Recht auf das Tragen der Uniform bestreiten läßt!

Wäre es nicht vielleicht besser, daran zu denken, woher die Volksschichten, deren Einkommen durch die neueste Rotverordnung noch weiter gesenkt sind, das tägliche Brot hernehmen sollen? Für Leute, die noch etwas Verstand im Kopfe behalten haben, scheint diese Frage doch wichtiger zu sein als alle Uniformen der Welt!

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten kam es zur Stichwahl zwischen dem von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Herrn von Kries und dem Sozialdemokraten Wittmaack. In der Stichwahl enthielten sich die Kommunisten der Stimme und verhielten sich dem Deutschnationalen zum Sieg.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete Baumhoff gewählt; aber er wird, wie gesagt, die Wahl kaum annehmen.

Dann beteiligten sich Zentrum und Sozialdemokratie nicht mehr an der weiteren Wahl, und die Nationalsozialisten wählten zum dritten Vizepräsidenten ihren Bg. Haake.

Es hat für uns Sozialdemokraten wenig Sinn, zu untersuchen, ob das Zentrum oder die Kommunisten die größere Schuld daran tragen, daß das Präsidium des Landtags den Nationalsozialisten ausgeliefert worden ist. Die Sozialdemokratie hat vom Zusammentritt des Landtages an auf die Notwendigkeit einer Verständigung hingewiesen, die allein dieses Ergebnis hätte verhindern können. Zentrum und Kommunisten tragen in unseren Augen die gleiche Schuld, daß nicht rechtzeitig die Wege zu einer solchen Verständigung wenigstens erschöpfend untersucht worden sind.

Zum Schluß der Sitzung wurde die Ministerpräsidentenwahl von der Tagesordnung abgesetzt. Gegen Deutschnationale und nun wieder — wohl nicht ganz ernsthaft — Kommunisten. Die Nationalsozialisten erklärten, sich auf Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum nicht einzulassen und eine deshalb im Endergebnis doch ergebnislose Ministerpräsidentenwahl nicht erst versuchen zu wollen.

Dafür beschimpften sie wüthend und bedrohlich gewalttätig Genossen Orzesinski, und der Präsident hatte alle Mühe, tätlichen Ausschreitungen zuvorzukommen. Für Gewalttaten in Berlin, die sie selbst den Kommunisten zur Last legten, machten sie den Polizeipräsidenten verantwortlich. Orzesinski erwiderte sehr wirksam, daß die Polizei für Ruhe und Sicherheit alles leihte, was mit polizeilichen Mitteln überhaupt erreicht werden könnte. Aber das wahrste Wort in dieser Auseinandersetzung sprach der Abgeordnete Pies, der feststellte, daß Gewalttätigkeiten sich ganz von selbst einstellen, wenn man die politische Berührung soweit treibt, wie das die Nationalsozialisten und Kommunisten tun. Hoffentlich ist hier Selbstkenntnis der erste Schritt zur Besserung.

Die mit großer Spannung erwartete Sitzung des Preussischen Landtags wurde von Präsident Kerrl bei starker Belegung des Hauses um 14 Uhr eröffnet. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Regierungsbank haben Beamte des Justizministeriums Platz genommen. Zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete sind in SA- und SS-Uniformen erschienen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung der nationalsozialistischen, deutschnationalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf

Erlaß einer politischen Amnestie.

Die Aussprache wird eröffnet mit einer Erklärung, die Abg. Gehemann namens der sozialdemokratischen Fraktion abgibt. Die Erklärung wendet sich gegen die Vorwürfe, die gegen den sozialdemokratischen Abg. Kuttner in der letzten Sitzung des Landtages von Mitgliedern anderer Fraktionen erhoben worden sind. Die sozialdemokratische Fraktion weist mit Entschiedenheit die nationalsozialistische Bedrohung zurück, die in der Bemerkung liegt, daß der Abg. Kuttner zum letzten Mal im Landtag gesprochen habe. Die sozialdemokratische Fraktion werde sich von niemandem das Recht, ihre Redner zu bestimmen, nehmen lassen. Die Erklärung befohl sich dann ausführlich mit dem gegen Kuttner erhobenen Vorwurf, im Frühjahr 1919 bei den Kämpfen um den Reichstag einen Menschen ermordet zu haben. Nach einem Hinweis darauf, daß dieser Vorwurf durch eine Reihe von öffentlichen Gerichtsverhandlungen und rechtskräftigen Gerichtsurteilen refutiert sei und ein deutschnationales Blatt erst vor kurzer Zeit wegen dieses Vorwurfs dem Abg. Kuttner habe Abbitte leisten müssen, wird der Tatbestand ausführlich dargestellt.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Anwaltschaftigkeit des Abg. Dr. Freisler (Woz.), der diese Angriffe gegen Kuttner im Landtag erhoben hat und erklärt dabei:

Freisler sei früher kommunist und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Ruhlau

gewesen. Er sei ferner mehrfach durch Ehrengerichte seines Berufsstandes mit Verweisen belegt und verurteilt worden, u. a. wegen standesunwürdigen Verhaltens und Verletzung seiner Berufspflichten. — Zur Amnestie erklärt der Redner dann, es sei durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages eine vernünftige Amnestie praktisch erreicht; immerhin bedürfe der dadurch geschaffene Zustand noch fester rechtlicher Grundlagen durch Schaffung eines Amnestiegesetzes, an dem sich die sozialdemokratische Fraktion beteiligen wolle, sofern es sich in dem grundsätzlichen Rahmen einer Amnestie bewege.

Abg. Ruhe (Woz.): Die Nationalsozialistische Partei stellt ihren Schild vor ihr Mitglied Dr. Freisler (Ruhre links) und stellt sich dazu fest, daß sie es ablehnt, das Verhalten ihrer Mitglieder von Anwaltskammern, die vielfach aus Jugendlichen zusammengesetzt seien, kritisieren zu lassen. Diesen Worten, so erklärt Abg. Ruhe, räumen wir noch keine Richtung hin das Recht ein, über einen von uns Gericht zu sitzen. (Beifall bei d. Woz.)

Zu der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion über die angebliche Bedrohung des Abg. Kuttner durch die Nationalsozialisten betont der Redner, daß es die Sozialdemokraten gewesen seien, die am Tage des Todes von Rathenau dem Führer der Deutschnationalen als der damals zweitstärksten Fraktion des Landtages nicht nur angedroht habe ihn nicht zu Worte kommen zu lassen, sondern die ihn tatsächlich nicht habe zu Worte kommen lassen. Der sozialdemokratische Präsident des Hauses habe sich damals des schweren Amnestiegesetzes schuldig gemacht, indem er einen Abgeordneten zum Freiwild der Sozialdemokraten gemacht habe.

Wenn die Sache den Nationalsozialisten passiert wäre, dann hätten sie die Sozialdemokraten samt ihrem Präsidenten an die frische Luft gefeilt. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Der sozialdemokratische Anstandsredner sei erst in dem Augenblick in die Erscheinung getreten, als die Sozialdemokraten sich mit der Faust nicht mehr hätten durchsetzen können.

Abg. Heilmann (Woz.) nimmt gegen den Ausdruck des Abg. Ruhe Stellung, die Erregung der sozialdemokratischen Fraktion am Tage des Todes an Walter Rathenau sei eine Gewalttat gewesen.

Man müsse die Nationalsozialisten fragen, ob sie sich hier im Hause darauf beschränken würden, die Sozialdemokraten nur am Reden zu hindern, wenn plötzlich die Nachricht von der Ermordung eines nationalsozialistischen Führers beispielsweise durch einen Sozialdemokraten eintreffe.

(Stürmische Zurufe der Nationalsozialisten.) Was sich damals im Landtage abgespielt habe, sei tatsächlich geschäftsordnungswidrig ge-

Faschistisches Landtagspräsidium.

Die Schuld des Zentrums und der Kommunisten.

Der Preussische Landtag hat sich gestern ein reines Nazipräsidium gewählt. Denn der als zweiter Vizepräsident gewählte Abgeordnete Baumhoff wird mit aller Sicherheit ablehnen, neben dem Nazipräsidenten Kerrl und den deutschnationalen und Nazi-Vizepräsidenten v. Kries und Haake zu amtierenden. Das Präsidium des Preussischen Landtages wird also in Zukunft aus zwei Nationalsozialisten und einem Deutschnationalen bestehen.

Die Kommunisten hatten sich bereit erklärt, für die Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokratie zu stimmen, wenn die beiden Parteien ihnen gewisse politische Zusicherungen gäben: die Rotverordnungen der Regierung Papen in Preußen nicht durchzuführen und volle Demonstrationsfreiheit herzustellen. Zu diesen Forderungen überhaupt Stellung zu nehmen — sie sind verfassungswidrig, arbeitserfindlich und undurchführbar —, lag für die Sozialdemokratie gar keine Veranlassung vor; denn es war klar, daß das Zentrum auf solche Bedingungen nicht eingehen würde, und ohne Zentrum konnte man keine Mehrheit bilden.

Die Kommunisten zogen dann schließlich auch vernünftigerweise diese Forderungen zurück und erklärten sich bereit, für Kandidaten des Zentrums oder der Sozialdemokratie zu stimmen, falls kein Nationalsozialist oder Deutschnationaler ins Präsidium käme. Auch bei diesem Vorschlag war es von vornherein klar, daß das Zentrum ihn nicht akzeptieren würde. Hätten die Kommunisten gefeilter gefordert, daß ein Zentrumsmann oder Sozialdemokrat Präsident werden müßte, wäre vielleicht das Zentrum darauf eingegangen.

Die Sozialdemokraten gaben die für sie selbstverständliche Erklärung ab, daß sie überhaupt keine Bedingungen stellen, sondern bereit seien, jeden Vorschlag anzunehmen, durch den tatsächlich die Wahl eines Nationalsozialisten zum Landtagspräsidenten verhindert würde. Sobald sich über den Weg dazu Zentrum und Kommunisten geeinigt hätten, werde die Sozialdemokratie mitmachen.

Die Wahl des Landtagspräsidenten vollzog sich dann in der Weise, daß das Zentrum weiche Stimmzettel abgab, während die Sozialdemokratie für Wittmaack und die Kommunisten für Kaiser stimmten. Kerrl erhielt im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen und war gewählt.

Ein Stück Stadtrandsiedlung

Im Rahmen der großen Reichs-Erwerbslosen-Siedlung interessiert besonders die Berliner Stadtrandsiedlung bei Berlin-Buckow, deren Bauabschnitt an der Marienfelder Chaussee seiner Vollendung entgegen geht. Die Siedlung wird vornehmlich mit freigerwerbschaftlichen Arbeitern besetzt und wird von der Gehag erbaut. Die schmucken Häuschen, die auf dem Bilde im Rohbau zu sehen sind, sind als Doppelhäuser für je zwei Familien vorgesehen. Sie enthalten zwei Wohnräume nebst Küche und Stall; für kinderreiche Familien wird



eine Stube im Dachgeschoss ausgebaut. Außerdem schließt sich ein 800 qm großer Garten an jede Siedlung an.

Freispruch im Vatermordprozeß.

Der Mörder unzurechnungsfähig, die Mutter schuldlos.

In der vieltägigen Verhandlung gegen den 23jährigen Bruno Kędziora und seine Mutter, die angeklagt waren, den Gatten und Vater gemeinsam getötet zu haben, erstatteten die Sachverständigen Dr. Leppmann und der Oberarzt der Irrenanstalt Wittenau Dr. Blume ihr Gutachten. Beide Sachverständigen waren der Ansicht, daß der Angeklagte sich augenblicklich im Zustande eines pathologischen Wahns befindet. Für das Vorhandensein des Jugendirreseins wollten sie sich nicht mit Bestimmtheit aussprechen. Eine Geisteskrankheit zur Zeit der Tat verneinten sie, dagegen war Dr. Blume der Meinung, daß der Angeklagte die Schüsse auf den Vater im Zustande einer Geistesirrtüchtigkeit abgefeuert haben könne. Er sei somit höchstwahrscheinlich zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig gewesen. Dr. Leppmann wollte dies nicht mit so großer Bestimmtheit behaupten. Beide Ärzte waren aber der Ansicht, daß der Angeklagte geglaubt haben könne, sich in Notwehr zu befinden; das gleiche gelte auch von der Mutter. Bruno Kędziora befindet sich zur Zeit im Kachewahn gegen die Mutter, so daß er als gemeingefährlich zu betrachten sei und bis zum Abklingen seines Wahnzustandes in einer Anstalt untergebracht werden müsse.

Der Staatsanwalt beantragte angesichts dieser Projektion Freispruch sowohl für Bruno Kędziora als auch für seine Mutter. Das Gericht verkündete nach kurzer Beratung den Freispruch beider Angeklagten. Es stütze auf Grund der Beweisaufnahme fest, hieß es in der Urteilsbegründung, daß der erblich belastete und psychopathische Bruno Kędziora durch die schweren Streitigkeiten, die im Hause seiner Eltern herrschten, und durch die der Tat vorangegangenen Ereignisse beim Abfeuern der Schüsse auf den Vater sich in einem krankhaften Zustande befunden habe. Die Schüsse kamen für die Mutter ganz unerwartet. Sie habe mit der Tat des Sohnes nichts zu tun. Wenn dieser sie belastet hat, so nur weil er, um sich wegen der tödlichen Schüsse vor sich selbst zu rechtfertigen, in seinem Wahn die Schuld auf die Mutter abzuwälzen versuche. Das Gericht ist der Ansicht, daß K. augenblicklich noch als gemeingefährlich zu betrachten sei und deshalb einer Anstalt überwiesen werden müsse.

Morddrohung bleibt straffrei.

Wertwürdige Auffassung eines Berliner Gerichts.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III wurde kürzlich einer der zahlreichen politischen Zusammenstöße verhandelt, die sich in Kaulsdorf abspielen haben.

In der Nacht vom 2 zum 3. Mai v. J. wurde der Gewerkschaftssekretär Br. aus Kaulsdorf von dem nationalsozialistischen Studenten Eberhard Obst angepöbeln und in nicht

wiedergebender Weise beschimpft. Dabei rief Obst unserem Genossen zu: „Das ist ja der Br. aus dem Textilhaus, der ist schon lange fällig!“ Also eine unentennbare Mordandrohung. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung zog ein anderer Nationalsozialist, der 23jährige Wandrei aus Kaulsdorf, eine Pistole und gab auf Br. einen scharfen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. In der ersten Instanz war Obst zu 20 Mark Geldstrafe und Wandrei zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Bei der Verhandlung vor dem Landgericht III wurde Obst als Anstifter der ganzen Auseinandersetzung trotz der offensichtlichen Morddrohung und ihrer Folgen freigesprochen, während das Urteil gegen Wandrei bestätigt wurde.

Die Nationalsozialisten in Kaulsdorf veranstalteten — wie uns mitgeteilt wird — nach diesem Freispruch ihres Freundes Obst am Montagabend eine interne „Siegfeier“, nach deren Schluß es erneut zu Zusammenstößen zwischen ihnen und Kommunisten kam. Dabei wurde der 24jährige Kommunist W. durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erliegen ist.

Rathenau-Feier des Reichsbanners

Für die Rathenau-Gedächtnisfeier am Freitag, dem 24. Juni, ist das Demonstrationsverbot für Schöneweide aufgehoben worden. Der Abmarsch erfolgt um 19.30 Uhr vom Sternplatz am Bahnhof Schöneweide.

Der Marsch

geht durch die Grünauer-Brückenstraße in Niederschöneweide, durch die Wilhelminenhof-Rathenaustraße zum Friedhof Oberschöneweide. Auf dem Platz vor dem Friedhof Gedächtnisfeier. Ansprache: Stellvertretender Gauvorsitzender Nowack. Bereits vormittags wird vom Reichsbanner eine Ehrenwache gestellt. Ebenso findet in den Vormittagsstunden die Kranzniederlegung statt.

Rückmarsch erfolgt vom Friedhof durch die Rathenaustraße, Luisenstraße, Goethestraße, Edisonstraße in Oberschöneweide und durch die Brückenstraße in Berlin-Niederschöneweide zum Bahnhof Schöneweide. Hier Auflösung des Zuges. An- und Abmarsch erfolgen mit Musik und Fahnen.

An der Mordstelle in der Königsallee nimmt in der Zeit von 10 bis 19 Uhr eine Ehrenwache des Reichsbanners Aufstellung.

Die republikanische Bevölkerung

wird aufgefordert, sich recht lobhaft am Aufmarsch des Reichsbanners zu beteiligen.

Nur Liste „Schulaufbau“.

Keine „Einheitsfront“ durch Schiebung.

An den weltlichen Schulen haben die Kommunisten für die Elternratswahlen eigene Listen, die sie, um Dumme zu fangen, „Einheitsliste“ nennen, aufgestellt und so den Wahlkampf, der an weltlichen Schulen ein Unfug ist, erzwungen. Dabei haben sich die „Einheitsfrontstrategen“ vielfach von der üblichen Seite gezeigt und sind vor keinem Rohhäufgetreid zurückgeschreckt.

So ist an der 208. weltlichen Schule, Götterburger Straße, unter Führung des kommunistischen Stadtvorordneten Köhn eine Einheitsfrontaktion besonderer Art durchgeführt worden. Einigungsverhandlungen hatten zur Aufstellung einer „Einheitsliste der 208. Schule“ geführt, auf der auch Herr Köhn und seine Freunde standen. In der Elternversammlung, die das Ergebnis der Einigungsverhandlungen bestätigen sollte, trug die Liste einmündig die kommunistische Bezeichnung „Einheitsliste der werktätigen Eltern“. Die Versammlung ließ sich diese Täuschung nicht gefallen und beschloß gegen Herrn Köhn und 3 seiner Getreuen, daß es bei dem Namen „Einheitsliste der 208. Schule“ verbleiben solle. Daraufhin zog kurz vor Schluß der Einreichungsfrist Herr Köhn mit seinen Getreuen die Unterschrift zurück und reichte eine „Einheitsliste der werktätigen Eltern“ ein. Diese „Einheitsfrontaktion“ wurde durch folgende unerhörte Handlung getönt: Auf Grund der Einigungsverhandlungen war der Wahlvorstand paritätisch zusammengesetzt worden. In der Wahlvorstandssitzung waren die Kommunisten vollzählig erschienen, während auf der Gegenseite ein Vertreter fehlte. Diese Gelegenheit benutzten die Köhn und Genossen und beschloßen mit 1 Stimme Mehrheit, die andere Liste für ungültig zu erklären, trotzdem sie allen Anforderungen entsprach. Sie erkannten nur ihre Liste an und erklärten diese für gewählt. Gegen diesen Gewaltakt wird natürlich Wahlprotest eingelegt. Herr Köhn und seine Freunde haben so das Einheitsfrontproblem gelöst, die Proletariatseltern werden ihnen für diese Schiebung die Quittung erteilen.

Wie hier, zeigen sich die Kommunisten überall als Schädlinge der weltlichen Schulen. Sie liefern den Gegnern das Material zum Kampf gegen die weltlichen Schulen. In Einheitsfront mit den Christlichpolitischen, Nazis und Deutschnationalen reden sie von der „Bevorzugung“ der weltlichen Schulen, die diese angeblich erhalten sollen. So bekommt es der Neuföllner Stadtvorordnete der K.P.D. Erdmann fertig, an das Bezirksamt unterm 6. Juni die Anfrage zu richten, wie weit die weltlichen Schulen eine bevorzugte Behandlung erfahren. Die Kommunisten enthüllen sich also auch diesmal wieder als schlimmste Gegner der weltlichen Schulen. Ihnen gegenüber gibt es nur eine Antwort:

Am Sonntag, dem 26. Juni, wählen alle Eltern Liste „Schulaufbau“.

Gasunglück in Neufölln.

Ein Greis kurz vor seinem 85. Geburtstag erstickt.

Im Hause Richardstr. 100 in Neufölln ereignete sich in der Mittwochnacht ein schweres Gasunglück, das ein Todesopfer gefordert hat.

Als sich heute früh auf dem Treppenhof Gasgeruch bemerkbar machte, wurden Mieter aufmerksam und riefen die Feuerwehr. Die Beamten stellten fest, daß die Gase aus der Wohnung des 84 Jahre alten Rentners Wilhelm Guimann drangen. Die Tür wurde gewaltsam geöffnet und in ihren Ketten fanden die Beamten Guimann und seine gleichaltrige Frau Wilhelmine bewußtlos auf. Die Wiederbelebungsversuche waren nur bei der Frau von Erfolg; sie wurde ins Bukower Krankenhaus gebracht, wo sie bedenklich darniederliegt. Nach den Feststellungen liegt ein tragischer Unglücksfall vor. Die alten Leute hatten, um Geld zu sparen, stets eine Petroleumlampe gebrannt. In der nächsten Woche wollte der Greis seinen 85. Geburtstag im Kreise seiner Familie feiern. Er hatte an der Gasleitung herumgebastelt, um an seinem Geburtstag wieder einmal Gaslicht zu brennen. Dabei hat er den Gasbehälter nicht völlig geschlossen und die ausströmenden Gase führten das Unglück herbei.

Nächste Woche Sklarek-Urteil.

Nach neunmonatiger Dauer.

Der Sklarek-Prozess geht jetzt mit Riesenschritten seinem Ende zu. Die letzten Verteidigerplädoyers finden am Sonntagabend statt, auf Replik und Duplik will man, nach den bisherigen Dispositionen nach Möglichkeit verzichten, und am Anfang der nächsten Woche sollen die Angeklagten das letzte Wort haben, so daß mit dem Urteil Dienstag oder Mittwoch nach fast neunmonatiger Prozessdauer zu rechnen ist.



Die Leistung gibt den Ausschlag

für die Beliebtheit der Juno!

Nur was in ihr steckt,
die Frische ihrer köstlichen Tabake und ihr
volles Format, schätzen die Kenner!
Weil den Packungen der

JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine oder
Stickerien beigegeben sind, gewährleisten wir
die beste Qualität jeder Juno Cigarette!



Der Rettungsanker.

Vom verfrachtenden Kapitalismus zum aufbauenden Sozialismus!

Von Fritz Naphtali.

Herr Friedrich Flick ist der Beherrscher der Charlottenhütte, einer Aktiengesellschaft mit 20 Millionen Mark Aktienkapital.

Wie war der Aufbau einer solchen Herrschaftsstellung möglich? Natürlich nicht mit eigenen Mitteln, sondern nur dadurch, daß die Großbanken in freigelegter Weise durch Kredite den Ankauf von Aktienpaketen bei Herrn Flick...

Kreditkrise, Kursstürze und Zusammenlegung kreditgebender Banken mußten das Herrschaftsgebäude des Herrn Flick zum Wanken bringen.

Als letzter Rettungsanker bleibt also wieder einmal das Reich, so heißt es in der wohlwollenden Darstellung der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ über das Schicksal der Flickschen Machtposition...

Das Reich als Rettungsanker vor dem drohenden privatwirtschaftlichen Zusammenbruch hat auch in diesem Falle funktioniert.

Die Gelsenkirchener Aktien standen im Herbst vorigen Jahres, als angeblich die Verkaufsverhandlungen begannen, zwischen 20 und 25 Proz. Als im April dieses Jahres, nachdem bereits geheime Vorverträge zwischen Reich und Flick-Gruppe abgeschlossen waren...

Dieser Vorgang ist nach allen bisherigen Erklärungen überhaupt nicht zu verstehen. Man führt gleichsam entschuldigend an, daß Herr Flick selbst nur ein Drittel der gezahlten Summe zur Verfügung erhalten werden...

Für uns aber, die wir (auch wenn wir die Formen mißbilligen) in dem Zwang des Staates, sich als Rettungsanker in einer verfrachtenden privaten Wirtschaft zu betätigen...

Dämmerts in der Handelspolitik?

Zur belgisch-holländischen Zollkonvention.

Gegen den Zollauffrüttungs- und den Abperrungsfanatismus haben die beiden Länder mit noch freierlicher Zollpolitik, Belgien und Holland, einen gemeinsamen Vorstoß unternommen, der zugleich Abwehr gegen die Abschließungsmaßnahmen der europäischen Länder wie eine Selbsthilfemaßnahme darstellt.

den Abperrungsma ß zu durchbrechen.

Die beiden Nachbarländer mit ganz verschiedenartiger, aber teilweise sich ergänzender Wirtschaftsstruktur haben ein Zollbündnis geschlossen. Sie verpflichten sich, keinerlei Zollmaßnahmen zu treffen, die den wechselseitigen Warenaustausch beeinträchtigen könnten...

Belgien, das am dichtesten besiedelte europäische Land mit dem, gemessen an der Kleinheit des Landes, größten Industrie-förper und der höchsten industriellen Ausführquote, fühlt sich durch den Uebergang Englands zum Schutzollsystem...

Holland wiederum ist durch die Abperrungsmaßnahmen Deutschlands schwer betroffen worden. Zwischen den beiden westlichen Nachbarstaaten besteht seit jeher eine enge wirtschaftliche Verflechtung.

Rückwirkungen für die anderen europäischen Länder und für Deutschland

kirchener Bergwerksgesellschaft und wieder ein anderes Drittel zur Abdeckung anderer Bankschulden von Flickschen Tochterunternehmen dienen sollte.

Der dunkle Vorgang dieses Reichsgeschäftes muß also aufgeklärt werden. Geschenke an Industrie oder Banken, vor allem aber Subventionen, die nicht dazu dienen, einen gefährdeten Betrieb in Gang zu halten...

Sicherlich werden wir in den nächsten Tagen eine Straßendemonstration mit der Uniform „Fraß“ erleben, in der unter der Führung des Stahlvereinsdirektors Dr. Kögler...

Für uns aber, die wir (auch wenn wir die Formen mißbilligen) in dem Zwang des Staates, sich als Rettungsanker in einer verfrachtenden privaten Wirtschaft zu betätigen...

gekennzeichnet. Schließen sich diese der Konvention nicht an, dann verschlechtern sich ihre Wettbewerbsmöglichkeiten auf dem belgischen und holländischen Markt.

Belgien und Holland mit ihrer freiheitlichen Zollpolitik waren bisher sehr bedeutende Abnehmer der anderen europäischen Exportländer, insbesondere Deutschlands.

Vergleichsweise sei erwähnt, daß der ganze, von den Autoritäten so heiß umworbene Mitteleuropablock (Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien) 1931 zusammen nur für 600 Millionen Mark, also nur etwa halb soviel deutsche Waren aufnahm...

Nach ist es nicht zu spät. Die Zollkonvention ist wohl auch als tatsächliche Abwehrmaßnahme gegenüber dem deutschen und dem französischen Vorgehen und nicht zuletzt auch als Warnung gegenüber England gedacht...

Man kann also wohl in der belgisch-holländischen Zollunion einen letzten Versuch der Länder mit freiheitlicher Zollpolitik erblicken, den europäischen Abschließungsbestrebungen Einhalt zu gebieten.

Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

die sich mit den weltwirtschaftlichen Währungs-, Handels- und Kreditfragen befaßt, wird diese neugeschaffenen Aufgaben berücksichtigen müssen.

gebarung des Reiches bereit sind, in diesem Falle sein Eindringen in die Wirtschaft zu tolerieren, mögen sich gefügt sein lassen, daß der Wille der Arbeiterklasse von den gelegentlichen Hilfsstellungen des Staates zum planmäßigen Umbau der Wirtschaft unter Führung der Gesamtheit die Entwicklung vorwärtstreiben wird.

Die große Bankenfinanzierung hat die Forderung nach Bankenverstaatlichung und planmäßiger Kapitallenkung auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir klagen die Methoden an, mit denen das Reich privaten Interessenten zu Hilfe kommt. Gleichzeitig aber ziehen wir aus den Ereignissen die Folgerung: Der politische Kampf der Gegenwart geht um die Demokratie im Staate und um den Umbau der Wirtschaft vom verfrachtenden Kapitalismus zum aufbauenden Sozialismus!

Erklärungen, Erklärungen . . .

Wo bleibt die amtliche Aufklärung?

Der vorgestrigen amtlichen Erklärung, daß das „Flick-Geschäft“ von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich vorbereitet, von ihm auch am 31. Mai unterzeichnet und rechts-gültig sei...

Entsprechend unseren Feststellungen teilt das Bankhaus Mendelsohn, Berlin, mit, daß weder es selbst noch irgendein Inhaber oder Mitarbeiter zu irgendeiner Zeit Verkaufsverhandlungen für Gelsen- oder Stahlwerksaktien geführt habe.

Wir nehmen diese Erklärungen zur Kenntnis. Sie sind aber selbstverständlich keine amtliche Aufklärung der Vorgänge und Tatbestände. Die genannte zweite amtliche Erklärung sagt: Einzelheiten über die Transaktion könnten erst nach der Rückkehr der in Lausanne weilenden Minister mitgeteilt werden. Hoffen wir das.

Getreidepreise dürfen steigen!

Aufhebung der zollverbilligten Getreideinfuhr.

Amlich wird mitgeteilt: „Auf Grund der gegenwärtigen Marktlage muß die Versorgung mit Brotgetreide bis zum Schlusse des Erntejahres als gesichert gelten. Die Reichsregierung hält es deshalb nicht für erforderlich, die bis zum 30. Juni dieses Jahres geltende Regelung für die zoll-verbilligte Einfuhr von Weizen zu verlängern.“

Was „angemessene“ Erntewertung heißt, bestimmt der Reichslandbund. Die Produktenbörse weiß das auch: die Getreidepreise haben sofort nach dieser amtlichen Mitteilung angeschlagen.

